

Jeder zweite Journalist beklagt Druck aus Politik und Wirtschaft

Studie zu bulgarischen Medien im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt gegenseitige Abhängigkeiten der Medienakteure

52 Prozent der bulgarischen Journalisten beklagen, dass die Mächtigen auf ihre Medien Einfluss ausüben. Nur 40 Prozent bestreiten dies. Der politische Druck habe zugenommen, legt eine neue Studie der „Stiftung Reporter“ und der Konrad-Adenauer-Stiftung nahe. Zudem klagt jeder dritte Journalist über Druck von Werbekunden. Jeder vierte Reporter oder Redakteur sagt, dass schon Texte von ihm an der Veröffentlichung gehindert wurden. Medieneigentümer sehen sich vor allem von Werbekunden unter Druck gesetzt. Die Autoren der Studie geben Empfehlungen für bessere Rahmenbedingungen. Handlungsbedarf gebe es vor allem bei Printmedien.

Politiker und Werbekunden, aber auch die Medieneigentümer greifen regelmäßig in die Arbeit bulgarischer Journalisten ein. Dies zeigt eine neue Studie zweier bulgarischer Medienwissenschaftler, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) unterstützt wurde. Krum Blagov von der „Stiftung Reporter“ und Dr. Orlin Spassov von der Universität Sofia haben dazu rund einhundert Journalisten repräsentativ befragt. Zudem wurden Interviews mit fünfzehn maßgeblichen Medieneigentümern und -managern geführt. „Viele bulgarische Journalisten sehen ihre Arbeit nicht als unabhängig an“, erläuterten Blagov und Spassov bei einer Pressekonferenz in Sofia. „Die Berichtersteller werden zu wenig vor Einflussnahmen geschützt.“

Jeder dritte Journalist sieht einen zunehmenden Druck aus der Politik, nur jeder sechste eine Verbesserung. Während die Journalisten sich stärker über Einflussnahmen von Politikern beklagen, fühlen sich die Medieneigentümer vor allem von Werbekunden unter Druck gesetzt. Insgesamt sagen rund 30 Prozent der Reporter und Redakteure, dass in ihrem Medium über manche Themen, Personen oder Firmen nur mit einer bestimmten Tendenz berichtet werden darf. Dies deckt sich in etwa mit der Sicht der Eigentümer. „Die Medien lassen sich in starkem Maße auf eine inoffizielle Zensur ein“, so Christian Spahr, Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der KAS. „Gründe dafür sind die wirtschaftliche Not in der Branche, aber auch ein fehlender Konsens über die Aufgaben der Medien in der Demokratie.“

Die Autoren der Studie sprechen neun Empfehlungen für bessere Bedingungen in der Medienbranche aus. Unter anderem solle der gleichberechtigte Zugang aller Medien zu Informationen und zum Vertrieb besser geregelt werden. Der Staat als Werbekunde sowie die wirtschaftlichen Grundlagen vor allem der Printmedien müssten transparenter werden. Für bezahlte Beiträge in Printmedien solle es eine Kennzeichnungspflicht geben. Zudem fordern die Experten eine politische Debatte zur Begrenzung der Eigentümerkonzentration in den einzelnen Mediensektoren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. - Medienprogramm Südosteuropa

Leiter: Christian Spahr

Bul. Yanko Sakazov 19, Et. 1, Ap. 2, 1504 Sofia, Bulgarien

Telefon: +359 2 94249-71, Telefax: +359 2 94249-79

E-Mail: christian.spahr@kas.de, Web: www.kas.de/medien-europa